

Hauptversammlung Dresden 2013.1



Am 28.4.2013
von 10:00 bis 20:00 Uhr
in der
Alten Ziegelei

Tagesordnung

- 09:30 - Akkreditierung
- 10:00 - Beginn
- TOP 1 - Begrüßung
- TOP 2 - Wahl des Tagungspräsidium
- TOP 3 - Abstimmung Zulassung Gäste/Presse/Bilder/Streams
- TOP 4 - Abstimmung über die Geschäftsordnung
- TOP 5 - Abstimmung Tagesordnung
- TOP 6 - Entlastung des Altvorstandes (Schatzmeister)
- TOP 7 - Programmanträge
- TOP 8 - Positionspapiere
- TOP 9 Satzungsänderungsanträge
- TOP 10 - Sonstiges

Inhaltsverzeichnis

Programmanträge.....	4
PA01 - Shared Space.....	4
Modul 1:.....	4
Modul 2:.....	4
PA02 - Umweltbrücke.....	5
Anmerkung, nicht Teil des Antrages:.....	5
PA03 - Lebensqualität statt Asphalt.....	6
Modul 1:.....	6
Modul 2:.....	6
PA04 - Luftreinhalteplan umsetzen.....	7
Modul 1:.....	7
Modul 2:.....	7
PA05 - Antragsgruppe : Job,- Touristen und integriertes Ticketkonzept.....	8
5.1 Jobticket.....	8
5.2 Semester-Ticket.....	8
5.3 Integriertes Touristen-Ticket Konzept	9
PA06 - Innovativer DVB-Fuhrpark.....	9
Modul 1.....	9
Modul 2.....	10
PA07 - Quartierbusse.....	10
PA08 - Fähren erhalten.....	11
PA09 - Antrag für das Grundsatzprogramm des KV Dresden (die Anmerkungen nach jedem Modul sind nicht Teil des Antrags).....	12
Modul 1: Kunst und Kultur.....	12
Modul 2: Teilhabe.....	13
Modul 3: Kulturförderung.....	14
Modul 4: Künstlerrechte und Zugang zu Werken.....	15
PA10 - Wahlprogrammantrag: Bürgerwerkstatt "Kulturentwicklungsplan"	16
PA11 - Wahlprogrammantrag: Städtischer Kulturfundus.....	17
PA12 - Wahlprogrammantrag: Freiräume.....	18
PA13 - Wahlprogrammantrag: Kulturbildung barriere- und kostenfrei gestalten....	19
PA14 - Wahlprogrammantrag: Kulturschaffende beraten und strukturell fördern	20
PA15 - Wahlprogrammantrag: Kulturelle Vielfalt fördern.....	20
PA16 - Wahlprogrammantrag: Kulturförderung der sorbischen Minderheit.....	21
PA17 - Wahlprogrammantrag: Willkommenskultur ernst nehmen.....	22
PA18 - Wahlprogrammantrag: Gebührenreform abfedern.....	22
PA19 - Wahlprogrammantrag: Inklusionskultur.....	23
PA20 - Schuldenfreiheit ohne Hintertüren (Grundsatzprogramm).....	24
PA21 - Schuldenfreiheit ohne Hintertüren (Wahlprogramm).....	25
Modul 1: Sanierungsstaus gegeneinander abwägen (Wahlprogramm).....	25

Modul 2: Finanzpolster gegen Kassenkredite (Wahlprogramm).....	25
Modul 3: Städtische Beteiligungen und Eigenbetriebe (Wahlprogramm).....	26
PA22 - Friedhof der Vielfalt.....	27
PA23 - öffentliche Beleuchtung in der Stadt Dresden.....	28
PA24 - Grillplätze in Dresden.....	29
PA25 - Änderung der Sperrgebietsverordnung	30
PA26 - Präambel zum Grundsatzprogramm (Grundsatzprogrammantrag)	31
PA27 - das Sächsische BID-Gesetz.....	32
Positionspapiere.....	33
PP01 - "Fahrscheinlos für gute Luft".....	33
Satzungsänderungsanträge.....	35
SÄA01 - Satzungsänderungsantrag zur Urabstimmung.....	35
SÄA02 - Satzungsänderungsantrag zur Nachwahl von Vorstandsmitgliedern.....	37
SÄA03 - §5 Hauptversammlung.....	39
SÄA04 - §4 Kreisvorstand.....	40

Programmanträge

PA01 - Shared Space

Antragssteller: Thomas Lischke

Modul 1:

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass das Verkehrs- und Städtebaukonzept des Shared-Space Anwendung findet. Hierzu sind Pilotprojekte an/umzusetzen und deren Auswirkung und Akzeptanz zu evaluieren.

Notizen PA02	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 2:

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass das Verkehrs- und Städtebaukonzept des gemeinsamen Verkehrsraumes, wo sich Fußgänger, Radfahrer und Autos den selben Verkehrsbereich teilen (Shared Space) Anwendung findet. Hierzu sind Pilotprojekte an-/umzusetzen und deren Auswirkung und Akzeptanz zu evaluieren

Notizen PA01	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA02 - Umweltbrücke

Antragssteller: Thomas Lischke

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass eine neue Elbquerung zwischen Ostragehege (Messe) und Pieschen/Übigau für Fuß-, Rad- und Straßenbahnverkehr errichtet wird ("Umweltbrücke"). Eine zusätzliche Nutzung dieser Querung durch den MIV lehnen die PIRATEN Dresden ab.

Anmerkung, nicht Teil des Antrages:

MIV = Motorisierter Individualverkehr

Notizen PA02	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA03 - Lebensqualität statt Asphalt

Antragssteller: Thomas Lischke

Modul 1:

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass bei Straßensanierungen und städtebaulichen Umbauten die Fläche der Randzonen sowie der Baumbestand beibehalten oder vergrößert wird. Erweiterungen des Straßenraums sollten nur bei nachgewiesenem dringenden Bedarf und nach ausführlicher Abwägung aller Interessen (ruhender Verkehr, Anwohner, Gewerbetreibende, Sicherheit, Wohn- und Lebenskomfort, Naturschutz, Radfahrer, Fußgänger und ÖPNV) in Erwägung gezogen werden.

Notizen PA02	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 2:

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass bei Straßensanierungen und städtebaulichen Umbauten die Fläche der Randzonen sowie der Baumbestand beibehalten oder vergrößert wird.

Notizen PA03	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA04 - Luftreinhalteplan umsetzen

Antragssteller: Thomas Lischke

Modul 1:

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass ...

* Auswahl 1: _____

* Auswahl 2: zumindestens

* Auswahl 3: mindestens

... die 2011 vom Stadtrat beschlossenen Maßnahmen im Luftreinhalteplan 2011 zügig umgesetzt werden. Insbesondere die Maßnahmen M23/M45 (Verstetigung des Verkehrsflusses durch Pförtner- LSA in anschließenden kritischen Abschnitten: Königsbrücker Straße stadteinwärts, Hansastraße stadteinwärts, Leipziger Straße stadteinwärts, Nürnberger Straße, Naumannstraße) und M48-M51 (Geschwindigkeitsreduzierung auf besonders belasteten Straßenabschnitten) sind zeitnah umzusetzen. Diese Maßnahmen sollen auch bis zur Behebung der Ursachen der Emissionsbelastungen in zukünftigen Verkehrskonzepten Einzug finden.

Notizen PA02	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 2:

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass ...

* Auswahl 1: _____

* Auswahl 2: zumindestens

* Auswahl 3: mindestens

... die 2011 vom Stadtrat beschlossenen Maßnahmen im Luftreinhalteplan 2011 zügig umgesetzt werden. Insbesondere die Maßnahmen M23/M45 (Pförtnerampeln) und M48-M51 (Tempo 30 an ausgewählten Punkten) sind zeitnah umzusetzen. Diese Maßnahmen sollen auch, bis zur Behebung der Ursachen der Emissionsbelastungen, in zukünftigen Verkehrskonzepten Einzug finden.

Notizen PA04	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA05 - Antragsgruppe : Job,- Touristen und integriertes Ticketkonzept

Antragssteller: Thomas Lischke

3 Einzelne Anträge, die im Block abgestimmt werden könnten, ohne die Nummerierung 4.x.

5.1 Jobticket

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass alle Firmen unabhängig von ihrer Mitarbeiteranzahl einen Zugang zum "Jobticket" erhalten.

Notizen PA05	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

5.2 Semester-Ticket

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass alle Studenten in Dresden ein "Semesterticket" zu gleichen Bedingungen erhalten.

Notizen PA05	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

5.3 Integriertes Touristen-Ticket Konzept

Die PIRATEN Dresden setzen sich für den Ausbau integrierter Angebote für Touristen im Rahmen von speziellen ÖPNV-Zeitkarten ein, welche rabattierte/kostenfreie Nutzung von städtischen und privaten Einrichtungen wie Museen, Theatern, Schwimmbädern, Freizeitmöglichkeiten und Hotels ermöglichen.

Notizen PA05	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA06 - Innovativer DVB-Fuhrpark

Antragssteller: Thomas Lischke

Modul 1

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass der DVB-Fuhrpark für ökologische und innovative Pilotprojekte dienen kann. Hierzu sind aktiv Fördergelder zu akquirieren sowie auf eine gute Vernetzung zu Forschungseinrichtungen und Anbietern hinzuarbeiten.

Notizen PA06	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 2

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass der DVB-Fuhrpark für ökologische und innovative Pilotprojekte dienen kann.

Notizen PA06	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA07 - Quartierbusse

Antragssteller: Thomas Lischke

Die PIRATEN Dresden setzen sich für die Einrichtung von Quartierbuslinien ein. Hierbei sind bislang vom ÖPNV wenig erschlossene Gebiete mit großer Bevölkerungsdichte zunächst als Pilotprojekte in Betracht zu ziehen. Zum Beispiel: Jägerpark, Neustadt, Gorbitz und Prohlis.

Notizen PA07	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA08 - Fähren erhalten

Antragssteller: Thomas Lischke

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, dass die bestehenden Fährverbindungen im Stadtgebiet erhalten bleiben. Bei zusätzlichem Bedarf sind neue Fährverbindungen einzurichten.

Notizen PA08	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA09 - Antrag für das Grundsatzprogramm des KV Dresden (die Anmerkungen nach jedem Modul sind nicht Teil des Antrags)

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Modul 1: Kunst und Kultur

Kultur ist Identität. Alles, über das sich Individuen, Gemeinschaften und die gesamte Gesellschaft ihrer selbst versichern, Werte klären und entwickeln, ihre Kreativität ausprobieren und ausleben, all das, was über funktionale Lösungen für praktische Aufgaben hinausgeht, ist Kultur. Dazu gehören die freien Künste ebenso wie Brauchtümer und die Gestaltung des Lebensumfeldes.

Kunst und Kultur in all ihren Ausdrucksformen gehören untrennbar zu einer lebendigen, vielfältigen und bunten Stadt. Sie hinterfragen den derzeitigen Zustand kritisch und versuchen diesen positiv zu verändern. Dabei sind sie zugleich Ausdruck und Mittel zur Kommunikation und schaffen Autonomie und Bewusstsein für die individuelle Entwicklung.

Keine Kulturform ist mehr oder weniger wert als eine andere. Kategorien wie Hochkultur, Subkultur oder Soziokultur lehnen wir ab.

Staatliche und freie Institutionen und Medien klären auf, informieren und eröffnen Zugang zu Bildung und Kultur. Die Kultur- und Kreativwirtschaft schafft Arbeitsmöglichkeiten und ist ein wichtiger Motor für Innovationen. Neben ihrem kulturellen Wert ist sie auch eine wirtschaftliche Größe.

Wir sehen es als die Verantwortung der Piratenpartei an, die Schaffung und den Bestand von Werken und Dienstleistungen im Hinblick auf Vielfalt zu fördern. Unser Ziel ist es, dass etablierte wie neuartige Ausdrucksformen gleichberechtigt zur Identität der Stadt Dresden beitragen können.

Anmerkungen:

Kultur bei Sportveranstaltungen werden als Kultur und nicht als Sport bewertet!
Kultur bleibt Kultur - egal ob sie von Sportlern, Fans oder anderen Gruppen dargebracht wird - daher keine Sonderregelungen für Kultur aus Sportbereich?

"Warum zwingend Kulturelle Beiträge während sportlicher Veranstaltung als "Sportkultur" zusammenfassen - wo Sie doch weiterhin nur spezialisierte Beiträge aus darstellender Kunst etc. sind?"

Der (aktuelle) Kulturentwicklungsplan der LH Dresden:

<http://www.dresden.de/de/05/02/kulturpolitik/kulturentwicklungsplan.php>

Notizen PA09	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 2: Teilhabe

Jeder Mensch ist ein kulturaktives Wesen und damit elementarer Bestandteil der Kultur. Wir wollen einen barrierefreien Zugang zu Kunst, Kultur und Bildung für alle Menschen gewährleisten, unabhängig von sozialer Herkunft, Bildungsstand oder körperlichen wie geistigen Einschränkungen.

Bildung trägt nicht nur zu einer nachhaltigen Förderung und Bewahrung von Kunst und Kultur bei, sie stellt vor allem eine der größten Zugangshürden für kulturelle Teilhabe dar.

Die Förderung städtischer Schulen, Akademien und Konservatorien, der staatlichen Hochschulen und jede freie Einrichtung der Kinder-, Jugend- und Erwachsenenbildung dient somit dem Ziel, das Interesse an Kulturerfahrungen in der gesamten Stadt zu erhöhen. Wir erwarten von städtisch geförderten Institutionen, sich für die Teilhabe anderer Künstler und Vereine zu öffnen.

Anmerkungen:

Studie zur Teilhabe von Jugendlichen/Kindern an Kulturangeboten:

<http://www.bmas.de/SharedDocs/Downloads/DE/PDF-Publikationen/forschungsprojekt-a403-zusammenhang-soziale-schicht-kultur-kinder-und-jugendliche.pdf>

Notizen PA09	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 3: Kulturförderung

Für uns steht außer Frage, dass eine städtische Förderung von Kunst und Kultur notwendig ist. Wir sehen jedoch auch den Wandel in der Gesellschaft und die Notwendigkeit privaten und institutionellen Engagements. Wir wollen Kulturförderung der breiten Öffentlichkeit zugänglich machen indem wir Rahmenbedingungen und Anreize für die Ausrichtung von Veranstaltungen und Festivals, für die Bereitstellung von Räumen und Sachmitteln und die Möglichkeit für Spenden schaffen. Das erhöht das Bewusstsein und verbessert die Wertschätzung für die Schaffung von Kultur.

Als geeignetes Instrument sehen wir unter anderem die Bereitstellung von Kulturflächen. In Dresden gibt es viele ungenutzte städtische wie private Flächen, die - kulturell belebt - einen geistigen Mehrwert für die Stadt im Gegensatz zu einer Brachfläche bieten.

Ein anderes Instrument ist die regelmäßige lokale und regionale Ausrichtung von kulturellen Projekten oder die strukturelle und wirtschaftliche Unterstützung solcher Projekte. Hier sollte das Augenmerk auf einer ausgewogenen Förderung unterschiedlicher Sparten liegen, um Monokulturen zu vermeiden.

Bei all diesen Anliegen gilt es, Abhängigkeiten zwischen Förderern und Kulturschaffenden zu begrenzen. So ist die Stadt dafür verantwortlich, eine ausgewogene Vielfalt zwischen einzelnen Kulturformen zu bewirken und die Förderung von Projekten über längere Zeiträume sicher zu stellen.

Anmerkungen:

Suchergebnisse zu "Kulturförderung im Ratsinfo:

http://ratsinfo.dresden.de/suchen01.php?__swords=Kulturf%C3%B6rderung&__swnot=Ausschlussworte&__zsigrnr=-none-&__sgo=Suchen&go=Suchen

Suchergebnisse zu "Kulturförderung" unter www.dresden.de:

<http://www.dresden.de/suche.php?q=kulturf%C3%B6rderung&cmd=&uldd=www.dresden.de%2Fde&ps=20&m=any&wm=sub>

Notizen PA09	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 4: Künstlerrechte und Zugang zu Werken

Wir erkennen die Persönlichkeitsrechte der Urheber an ihrem Werk an.

Die gültigen Urheber- und Verwertungsrechtsgrundlagen entsprechen jedoch nicht mehr den aktuellen Anforderungen und Möglichkeiten des digitalen Zeitalters. Wir wollen einen fairen Ausgleich zwischen den berechtigten wirtschaftlichen Interessen der Urheber und dem öffentlichen Interesse an Zugang zu Wissen und Kultur.

Wir wissen, dass im Allgemeinen für die Schaffung eines Werkes auch in erheblichem Maße auf den öffentlichen Schatz an Schöpfungen zurückgegriffen wird. Die Rückführung von Werken in den öffentlichen Raum ist daher durchaus berechtigt und sollte durch passende Rahmenbedingungen unterstützt werden. Die Stadt soll hierbei die Zugänglichkeit von geschützten Werken verbessern, die Urheber und Kulturerlebenden gegenüber den Verwertungsgesellschaften stärken und Schöpfungen unter Creative Commons und Public Domain fördern.

Unter Beachtung der Persönlichkeits- und Urheberrechte der Künstler treibt die Stadt die Digitalisierung und globale Zugänglichkeit von Kulturgütern voran und baut das Netz aus öffentlichen Bibliotheken und Museen aus. Die Anbindung der Institutionen an das Internet, die öffentliche Verfügbarkeit der Archive und der freie digitale Zugang vor Ort und aus der Ferne sind selbstverständlich.

Die Stadt ist in der Verantwortung, niedrigschwellige Prüf- und Schiedsstellen einzurichten, die die Kreativität begrenzende rechtliche Hürden prüfen, zwischen Schaffenden, Erlebenden und Verwertenden vermitteln und Modelle entwickeln, welche die wirtschaftliche Nutzung der Werke nicht zu Lasten ihrer Verfügbarkeit, insbesondere zur weiteren kreativen Bearbeitung, überbetont.

Notizen PA09	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA10 - Wahlprogrammantrag: Bürgerwerkstatt "Kulturentwicklungsplan"

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein den Kulturentwicklungsplan in Zukunft regelmäßig und kontinuierlich in Form von Bürgerwerkstätten oder vergleichbaren Beteiligungsformen weiterzuentwickeln. Wir setzen uns auch dafür ein, dass der so entstandene Kulturentwicklungsplan verstärkt zur Geltung gebracht wird.

Begründung:

Der letzte Kulturentwicklungsplan ist 2007 aktualisiert worden. Er enthält neben vielen wichtigen und richtigen Dingen aber auch inzwischen deutlich überholte Einschätzungen (z.Bsp. Bevölkerungs- und Geburtenrückgang, Werbung für Welterbe Elbtal). Ein im Dialog mit den Bürgern kontinuierlich entwickelter Kulturentwicklungsplan ist eine geeignete Plattform um jeden Bürger an Kulturpolitik zu beteiligen.

Darüber hinaus gilt es die Umsetzung des Kulturentwicklungsplans voranzutreiben, da nicht wenige Vorschläge des bisherigen bisher kaum zur Geltung kamen (Bsp. Seite 34, 36, 37, 41)

<http://www.dresden.de/de/05/02/kulturpolitik/kulturentwicklungsplan.php>

Notizen PA10	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA11 - Wahlprogrammantrag: Städtischer Kulturfundus

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Die Piraten befürworten die Einrichtung eines städtischen Kulturfundus, mit dem Ziel die freie und langfristige Zugänglichkeit von Kunstwerken zu verbessern.

Dazu soll die Stadt Dresden in Kooperation mit Museen, Theatern, Konzerthäusern, Bibliotheken, Mäzenen und anderen Institutionen Kunstwerke sammeln, katalogisieren und durch geeignete Mittel verfügbar machen.

Der Fundus beschränkt sich dabei nicht nur auf gegenständliche Kunst, er beinhaltet auch Kulturgut in Bild und Ton. Das umfasst die Aufzeichnung von Veranstaltungen, die Aufnahme von Straßen- und freier Kunst, Noten, Skripte und weitere Kunstformen.

Künstlern soll der Fundus als Plattform dienen, um ihre Werke nahezu hürdenfrei der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Um neue und existierende (geschützte) Werke leichter der Öffentlichkeit zur Verfügung zu stellen, ist die Einrichtung eines städtischen Fundus, der sich um die Beschaffung und Verwaltung der Werke kümmert, ein guter Weg.

Zusätzlich bietet die Aufnahme weiterer Kunstformen eine gute Möglichkeit, freie Werke bekannter zu machen und die Vielfalt zu fördern.

Eine zentrale Verwaltung ist dabei nicht notwendig. Eine gute Vernetzung und dezentrale Strukturen helfen, existierende Sammlungen (Museen, Theater, Konzerthäuser, Bibliotheken usw.) einzubinden.

Notizen PA11	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA12 - Wahlprogrammantrag: Freiräume

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Dieser Programmantrag ersetzt den unserer Meinung nach zu eng gefassten Programm Punkt "Hauserhalt durch Nutzung (Wächterhauskonzept)". (siehe <http://www.piraten-dresden.de/themen/programm/>)

Die Piratenpartei Dresden ermittelt Konzepte und setzt sich dafür ein, Leerstand und ungenutzte Flächen in der Stadt zu katalogisieren und Künstlern und Kulturinitiativen zur Verfügung zu stellen. Sie unterstützt Initiativen, die das gleiche Ziel verfolgen (z.B. Wächterhaus, IG Freiräume, Kreativraumagentur). Außerdem setzt sie sich für den Erhalt bestehender Freiräume und die weitere strukturelle und wirtschaftliche Förderung dieser ein.

Begründung:

In der Stadt Dresden gibt es viele leerstehende Gebäude, die im Moment nicht gepflegt werden. Die Nutzung der Gebäude verhindert Vandalismus und grenzt Witterungsschäden ein, da sie von den Nutzern schnell entdeckt und behoben werden.

[1]

Die im Moment bestehenden Freiflächen stehen vor allem im wirtschaftlichen Fokus. Das dies nicht den Vorstellungen der Dresdner Bürger entspricht, zeigen die Querelen um den neuen Globusmarkt. [2] [3]

[1] http://www.haushalten.org/de/waechterhaeuser_modell.asp

[2] http://ratsinfo.dresden.de/vo0050.php?__kvn=4629&voselect=1220

[3] <http://www.neustadt-ticker.de/tag/hochhaus/>

- Wächterhäuser Dresden: <http://haushalten-dresden.de/>
- IG Freiräume in Dresden: <http://freiraum.fueralle.org/>
- Kreativraumagentur Dresden: <http://www.kreativraumagentur.de>

Notizen PA12	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA13 - Wahlprogrammantrag: Kulturbildung barriere- und kostenfrei gestalten

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Die PIRATEN Dresden wollen, parallel zur Schulbildung, eine kostenfreie kulturelle Bildung ermöglichen. Das umfasst alle staatlich anerkannten Bildungsmöglichkeiten in Tanz, Theater, Musik, Sport und alle anderen Formen bildender und darstellender Kunst.

Die individuelle Förderung im Bedarfsfall für die Bildung an privaten Einrichtungen soll ebenfalls möglich sein.

Begründung:

Ausgehend von der Kulturgesellschaft und anknüpfend an das Grundsatzprogramm ist ein wesentlicher Faktor für die Kulturwertschätzung und die Wahrnehmung von Kulturangeboten die eigene kulturelle Bildung. Am besten ist dieses Ziel durch das Angebot zur kostenfreien Bildung zu erreichen, da damit jedwede bürokratische Hürde entfällt.

Notizen PA13	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA14 - Wahlprogrammantrag: Kulturschaffende beraten und strukturell fördern

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Die PIRATEN Dresden setzen sich dafür ein, Kulturschaffende bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen. Das umfasst persönliche Beratung und Informationsbroschüren, die Neutralisierung von Informationshöhen durch transparentes Arbeiten und die Abschaffung von Hürden bei Anträgen. Die Stadt schafft aktiv Foren zum Austausch und zur Vernetzung und organisiert Konferenzen, Workshops und Camps.

Begründung:

Zum Künstlerdasein gehört nicht nur das kreative Schaffen. Ein großer Teil der Zeit muss für bürokratische Aufgaben und Öffentlichkeitsarbeit genutzt werden. An dieser Stelle kann die Stadt durch den Abbau von bürokratischen Hürden und aktiver Vernetzungshilfe die städtische Kulturlandschaft fördern.

Notizen PA14	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA15 - Wahlprogrammantrag: Kulturelle Vielfalt fördern

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Um die Konzentration auf wenige Institutionen zu verhindern, soll Kulturförderung an Bedingungen geknüpft sein, die Vielfalt unterstützen. Dies kann sich in klaren Forderungen gegenüber den Geförderten ausdrücken, aber auch von der Offenheit geförderter Initiativen abhängen. Ziel ist die Zusammenarbeit von Initiativen, nicht deren Konkurrenz.

Begründung:

Das "Rennen" um Fördermittel zu entschärfen und diese breit gefächert zu verteilen ist ein Schlüssel einer vielfältigen Kulturlandschaft. Dieses Ziel wurde bereits im Kulturentwicklungsplan (seite 34) formuliert, die Umsetzung ist bisher jedoch unzureichend.

Notizen PA15	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA16 - Wahlprogrammantrag: Kulturförderung der sorbischen Minderheit

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Um der besonderen Situation der sorbischen Minderheit in Sachsen Rechnung zu tragen, liegt ein besonderes Augenmerk auf dem Erhalt sorbischer Kulturgüter. Dresden als Landeshauptstadt unterstützt dabei den Kreis Bautzen, den Kreis Görlitz sowie sorbische Institutionen bei diesem Anliegen und bietet Möglichkeiten, sorbische Kulturgüter über die Lausitz hinaus bekannt zu machen.

Begründung:

Die Lausitz ist durch die Sorben geprägt. So gibt es zweisprachige Straßenschilder, eine zweisprachige Verwaltung, zweisprachige Schulen, ein zweisprachiges Theater und Musikensemble. Ein großer Teil der Kulturschaffenden in der Lausitz hat sorbische Ursprünge.

Durch Fehler in der Verwaltungs- und Bildungspolitik sind die sorbische Sprache und Kultur in den letzten 20 Jahren zurückgegangen. Eine Unterstützung der Minderheit in vielen Bereichen kann helfen, das Aussterben der sorbischen Sprache und Kultur zu verhindern.

Notizen PA16	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA17 - Wahlprogrammantrag: Willkommenskultur ernst nehmen

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Die Stadt Dresden soll im Rahmen der Projektförderung kontinuierlich Kulturveranstaltungen fördern, die Künstler und kulturinteressierte mit Migrationshintergrund aber auch Flüchtlinge und Geduldete ansprechen.

Begründung:

Viele sprechen von Willkommenskultur. Wir machen es.

Notizen PA17	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA18 - Wahlprogrammantrag: Gebührenreform abfedern

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Die Piratenpartei Dresden setzt sich dafür ein, Clubs, DJs und andere Kulturträger im Rahmen der Kulturförderung vorübergehend dabei zu unterstützen, die erhöhten Gebühren der Verwertungsgesellschaften zu begleichen, insofern deren Höhe ihre Tätigkeit bedrohen.

Begründung:

Die geplante Tariferhöhung der GEMA bedroht nicht nur Clubs und Diskotheken, sondern auch zahlreiche freie Diskjockeys in ihrer Existenz. Großveranstalter können bereits jetzt eine Förderung erhalten um Kosten der Verwertungsgesellschaften zu begleichen [1]. Die geplanten Tarifmodelle belasten aber andere Lizenznehmer ungleich mehr als Großveranstalter.

[1] http://ratsinfo.dresden.de/v0050.php?_kvn=6840&voselect=2446

Notizen PA18	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA19 - Wahlprogrammantrag: Inklusionskultur

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Im Sinne der Inklusionspolitik der PIRATEN soll Kultur für alle Menschen gefördert werden. Das umfasst barrierearme Einrichtungen und Veranstaltungsorte, Bibliotheken für Blinde, Theater- und Kinoaufführungen für Gehörlose sowie alle Veranstaltungen, die möglichst allen Menschen zugänglich sind.

Begründung:

Automatisch aus der Inklusionspolitik.

Notizen PA19	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA20 - Schuldenfreiheit ohne Hintertüren (Grundsatzprogramm)

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Hiermit beantrage ich das Grundsatz- und Wahlprogramm des KV Dresdens um die folgenden Punkte (ohne Begründungen) zu erweitern. Sollte der Antrag für das Grundsatzprogramm oder Modul 1 für das Wahlprogramm angenommen werden, beantrage ich das Positionspapier "Generationengerechtigkeit ermöglichen" zu streichen:

Die Piratenpartei Dresden bekennt sich zum Ziel einer Landeshauptstadt ohne Kreditfinanzierung. Dieses Ziel erstreckt sich ebenfalls auf alle Beteiligungen und Eigenbetriebe der Stadt. Einzig im Falle von Katastrophen ist eine zeitweilige Kreditaufnahme zulässig.

Begründung:

Wenn die Kommune ihre Pflichtaufgaben nicht erledigen kann, weil ihr die Finanzausstattung fehlt, dann ist die Lösung keine Kreditaufnahme, sondern ein politisches, oder juristisches Vorgehen gegen Landes/Bundesregelungen, welche Einnahmen- oder Ausgabenseite der Kommune belasten.

Eine Ausnahme für Katastrophen wie Überschwemmungen muss sein - Ausnahmen für konjunkturelle Krisen sind dagegen nicht sinnvoll, da nicht direkt messbar, ob und wie Dresden von überregionalen Krisen betroffen ist - selbst auf Landesebene ist die Erhebung der nötigen Daten zu teuer -, und für die Gewerbesteuer zum Beispiel gibt es bereits Ausgleichsmechanismen.

Notizen PA20	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA21 - Schuldenfreiheit ohne Hintertüren (Wahlprogramm)

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

Modul 1: Sanierungsstaus gegeneinander abwägen (Wahlprogramm)

Die Piratenpartei Dresden sieht die Kreditaufnahme als prinzipiell ungeeignetes Mittel um Sanierungsstaus und andere Formen der Kostenabwälzung auf zukünftige Generationen zu vermeiden und zu reduzieren. Bestehende Sanierungs- und Ausbaudefizite sind aus dem Haushalt zu reduzieren, selbst wenn dies zu angemessenen Ausgabenreduzierungen in anderen Bereichen führt. Die Erfüllung kommunaler Pflichtaufgaben darf nicht zugunsten freiwilliger Leistungen aufgeschoben werden.

Begründung Modul 1:

Wenn wir uns zu einem Kreditaufnahmeverbot bekennen, dann müssen wir erklären, wie wir den jetzigen Sanierungsstau (vornehmlich Pflichtaufgabenbereich Schulen/Kitas aber auch z.B. im Bereich Kultur) reduzieren wollen. Die Antwort hier: Wir nehmen zur Not Sanierungsstaus in anderen Gebieten in Kauf. Ich halte es für vertretbar und positiv, zum Beispiel in der jetzigen Situation nur wirklich notwendige Straßensanierungen vorzunehmen, dort also durchaus Sanierungen aufzuschieben, um dem ungleich größeren Sanierungsstau im Kita/Schulbereich zu reduzieren.

Notizen PA21	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 2: Finanzpolster gegen Kassenkredite (Wahlprogramm)

Die Stadt Dresden bildet ausgehend von den Zahlungsströmen der vergangenen Jahre mittelfristig ein ausreichendes Polster liquider Geldmittel um zu keinem Zeitpunkt auf Kassenkredite oder andere kurzfristige Verbindlichkeiten zurückgreifen zu müssen.

Begründung Modul 2:

Präzisiert das Kreditaufnahmeverbot indem es explizit die Vermeidung von Kassenkrediten fordert. Eine Orientierung an den Zahlungsströmen der Vorjahre kann/muss dabei noch im Detail ausgestaltet werden.

Notizen PA21	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Modul 3: Städtische Beteiligungen und Eigenbetriebe (Wahlprogramm)

Die Piraten Dresden setzen sich für eine Konsolidierung der Haushalte der städtischen Beteiligungen und Eigenbetriebe ein. Eine Verlagerung der Kreditlast aus dem kommunalen Haushalt in die Haushalte der städtischen und regional tätigen Unternehmen ist abzulehnen. Auch die Erweiterung und der Neuerwerb städtischer Beteiligungen darf nicht über Kredite der kommunalen Unternehmen finanziert werden.

Begründung Modul 3:

In den letzten Jahren hat eine enorme Verlagerung der Kreditlast stattgefunden. Zwar wurde durch den WOBA-Verkauf der Haushalt Dresdens von Krediten befreit, jedoch steht auf der anderen Seite eine fast ebenso hohe Kreditaufnahme insbesondere der Technischen Werke Dresden (Zweck: Beteiligung an DREWAG/Gasversorgern). Ein Verschuldungsverbot rein für den Haushalt zu fordern ist daher Augenwischerei.

Notizen PA21	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA22 - Friedhof der Vielfalt

Antragsteller: Norbert Engemaier für die AG Kultur

die Hauptversammlung möge beschließen, folgendes (ohne die Begründung) an geeigneter Stelle in das Wahlprogramm der Piratenpartei Dresden aufzunehmen:

So verschieden Menschen im Leben sind, so verschieden sind auch die Weisen von Verstorbenen Abschied zu nehmen. Die Piratenpartei Dresden fordert daher eine Anpassung der Friedhofssatzung und eine Schaffung geeigneter Flächen, in denen die Ausgestaltung der Grabstätten nicht ästhetisch normiert wird. Jeder soll auf diesen Flächen die Möglichkeit haben die ästhetische Gestaltung eigenverantwortlich durchzuführen, sofern keine Sicherheits- oder umwelttechnischen Bedenken dem entgegenstehen.

Begründung:

Die neue Friedhofssatzung (Im Dezember vom Stadtrat beschlossen) enthält wie der Vorgänger einen ausgedehnten Corpus an Gestaltungsvorschriften. Ausgehend von umfassenden Regelungen wie §18 (1): Jede Grabstätte ist - unbeschadet der besonderen Anforderungen der §§ 20 und 28 für Abteilungen mit besonderen Gestaltungsvorschriften - so zu gestalten und so an die Umgebung anzupassen, dass die Würde des Friedhofs in seinen einzelnen Teilen und in seiner Gesamtanlage gewahrt wird.

Finden sich zahlreiche Einzelvorschriften, hier ein paar Auszüge:

Maximal ein Grabmal pro Liegestätte, welches selbst maximal aus zwei Materialien bestehen darf. Selbst der Schliff von Grabmälern und andere Details sind beschränkt. Den Friedhofsteilen ist dabei eine oder mehrere Grabmalarten zugewiesen, die weitere Beschränkungen auferlegen.

Inschriften an Grabmälern dürfen nur in mit einem Farbton in leichter Tönung abgehoben werden.

Grabeinfassungen sind nicht zulässig.

Die Hügelung von Gräbern ist nur auf dafür vorgesehenen Gräbern in vorgesehener Höhe möglich.

Platten auf Gräbern sind nur als Unterlage für Pflanzschalen möglich.

Für Grabschmuck gibt es eine knappe Positivliste.

Dort wo von diesen Regelungen ausnahmsweise abgewichen werden darf, aber auch zur Überwachung der Einhaltung kommt ein Genehmigungsvorbehalt des Friedhofs hinzu.

Der Vorschlag ist nicht nur die kreative Grabgestaltung durch die Dresdner Bürger zu ermöglichen, sondern auch die mit der Grabgestaltung verbundenen Gewerbe und Handwerker vom Joch standardisierter Gestaltungsmuster zu befreien. Damit ist dieser Antrag auch ganz auf der Linie piratiger Kultur und Wirtschaftspolitik, auch wenn das Hauptanliegen ist, dem Gedenken die nötige Freiheit zu lassen.

* Infos und Links:

** Bisherige (alte) Friedhofssatzung: ***

http://www.dresden.de/de/02/or/anliegen/c_134.php

** Neue Friedhofssatzung:

*** <http://ratsinfo.dresden.de/vo0050.php?kvonr=6341&voselect=1890>

Notizen PA22	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA23 - öffentliche Beleuchtung in der Stadt Dresden

Antragsteller: Klüver

Die Piraten Dresden setzen sich für ein Gesamtkonzept für die öffentliche Beleuchtung in der Stadt Dresden ein.

Die sächsische Landeshauptstadt soll dem Vorbild anderer Kommunen (wie zum Beispiel Augsburg) folgen und klare Zielstellungen bei der städtischen Beleuchtung definieren. Dabei sind nicht nur sicherheitsrelevante-, ökologische-, energetische- bzw. monetäre Gesichtspunkte zu berücksichtigen, sondern auch touristisch-repräsentative Aspekte zu beachten.

Ziel soll es sein, die Lichtverschmutzung mit allen negativen Folgen zu reduzieren, aber dennoch den Besonderheiten der Landeshauptstadt Dresden als Kondenspunkt für Städte tourismus Rechnung zu tragen.

Begründung:

Die Vermeidung von Lichtverschmutzung ist nicht nur bei der Dark Sky Association und den zahlreichen Freunde der Astronomie ein Anliegen, sondern gewinnt bei ökologischen Fragestellungen insbesondere der Artenvielfalt an Gewicht. Die negativen Einflüsse von offenen Lichtquellen wirkt je nach Bauform, Leistung u.ä. als Magnet für zahlreiche Insekten und andere Tiere. Es werden immer neue biologische Zusammenhänge wissenschaftlich ermittelt, die einen ungebremsten und wahllosen Einsatz von Lichtquellen nachteilig erscheinen lassen. So rücken in der Diskussion sogar Gesundheitsaspekte immer mehr in den Fokus. Um einer Lichtverschmutzung entgegen zu wirken, sind planerische Leistungen zu erbringen, welche auf ein mittelfristiges Gesamtkonzept abzielen. Nur durch die Erstellung eines Gesamtkonzeptes sind größtmögliche positive Effekte zu verzeichnen. Z.B. werden in der Stadt Augsburg bei einer bedarfsorientierten Steuerung ca. 35 bis 40 % der Straßenbeleuchtung stufenweise reduziert bzw. außer Betrieb genommen.

Notizen PA23	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA24 - Grillplätze in Dresden

Antragsteller: Christian Prade

Die Piraten Dresden setzen sich dafür ein, dass innerhalb der Stadt Dresden jede geeignete öffentliche Grünfläche kostenlos und ohne Anmeldung zum Grillen genutzt werden kann.

Einschränkungen, die für jedermann selbstverständlich sein sollten, ergeben sich beispielsweise bei der Nutzung von Einweggrills, die Brandstellen hinterlassen, starker Rauchentwicklung, die andere Anlagennutzer oder Anwohner belästigt sowie begleitendem Partylärm oder gar Beschallung. Grillen unter diesen Voraussetzungen ist entsprechend der Polizeiverordnung verboten.

Begründung (nicht teil des Antrages):

Die Stadt Dresden würde damit den Beispielen anderen Städten folgen und auf die Eigenverantwortung der Bürger*innen setzen. In Leipzig beispielsweise ist es problemlos möglich in öffentlichen Parks zu grillen, während dies in Dresden nur an wenigen behördlich zugelassenen Plätzen erlaubt ist, welche z.t. auch erlaubnis- und gebührenpflichtig sind.

Notizen PA24	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA25 - Änderung der Sperrgebietsverordnung

Antragsteller: Christian Prade

Die Piraten Dresden setzen sich für eine Abschaffung der Sperrgebiete für Prostitution in der Stadt Dresden ein.

In der Innenstadt ist das ausüben von Prostitution nicht gestattet, dies sehen die Piraten Dresden als nicht hinnehmbaren eingriff in die Privatsphäre der Bürger*innen. Sexarbeiter*innen erfahren, trotz der Legalität ihres Berufes, eine Illegalisierung durch die Sperrgebietsverordnung und werden dadurch vertrieben und ausgegrenzt in dem es ihnen erschwert wird ihren Beruf auszuüben.

Begründung (nicht teil des Antrages):

Selbsterklärend :)

Prostituierten Wegweiser der Stadt Dresden:

www.dresden.de/media/pdf/gesundheit/Prostituierten_Wegweiser.pdf

Notizen PA25	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA26 - Präambel zum Grundsatzprogramm (Grundsatzprogrammantrag)

Antragsteller: Christian Prade (stellvertretend für alle Teilnehmer des KV Plenum 12.1 am 23.2.2013, mitgewirkt haben

Die freie Entwicklung des Menschen in Selbstbestimmung, Würde und Solidarität mit Anderen steht für uns im Zentrum aller Politik. Ihre Verwirklichung endet aber nicht im Grundsätzlichen, sondern zieht sich durch alle Bereiche gesellschaftlicher Teilhabe.

Die zunehmende Digitalisierung aller Lebensbereiche eröffnet neue Chancen für die freie Entfaltung aller Menschen. Zugleich kann sie die Würde und die Freiheit des Menschen in bisher ungeahnter Art und Weise einschränken. So stellt die Globalisierung des Wissens und der Kultur der Menschheit deren bisherige rechtliche, wirtschaftliche und soziale Rahmenbedingungen ausnahmslos auf den Prüfstand.

Informationelle Selbstbestimmung, freier Zugang zu Wissen und Kultur und die Wahrung der Privatsphäre sind die Grundpfeiler der zukünftigen Informationsgesellschaft. Nur auf ihrer Basis kann eine demokratische, sozial gerechte, freiheitlich selbstbestimmte, globale Ordnung entstehen.

Die Piraten in Dresden sind keine homogene Masse, sondern wollen gerade durch ihre Vielfalt in die Gesellschaft hineinwirken. Zentrale Elemente unseres Engagements sind deshalb nicht nur Anträge und Anfragen an die Stadtverwaltung. Wir verstehen uns als Dienstleister in Sachen politischer Teilhabe, und möchten uns, wie auch unser Programm, gemeinsam mit den Bürgern weiterentwickeln. Darum halten wir den Diskurs im öffentlichen Raum, sei es auf Bürgerversammlungen, in Zusammenarbeit mit Vereinen oder Initiativen, für unverzichtbar.

Im Stadtrat selbst werden wir mit allen demokratischen Fraktionen zielorientiert zusammenarbeiten und parteiübergreifende Kompromisse anstreben, um auch langfristig angelegte Projekte zu verwirklichen. Wir werden zeigen, dass Bürgerbeteiligung, Transparenz und überfraktionelle Zusammenarbeit auch auf kommunaler Ebene kein Widerspruch sind.

Notizen PA26	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

PA27 - das Sächsische BID-Gesetz

Antragsteller: Klüver

Die Piraten Dresden fordern die sächsische Landeshauptstadt auf, das Sächsische BID-Gesetz vom 12.08.2012 zielorientiert und zügig mit den Antragstellern nach § 3 SächsBID Satz 1 umzusetzen. Dabei trägt der Stadtrat eine besondere Verantwortung. Dieses Gesetz kann negative finanzielle Auswirkungen auf Unternehmen und Freiberufler haben. Darum sind besonders Standortgemeinschaften mit geringem finanziellen Aufwand zu berücksichtigen. Solche Projekte sollten einen geringen Verwaltungsaufwand bedeuten. Darum darf sich der Verwaltungsaufwand nach Zahl der Abgabenpflichtigen oder nach der Gesamtsumme der Abgabeneinnahmen richten. Die Standortgemeinschaft nach § 2 des SächsBID sollte die Wahl haben, nach welchem der zwei Kriterien eine Verwaltungspauschale berechnet werden darf. Bei der Beurteilung vom Zweck einer Standortgemeinschaft dürfen wirtschaftliche Interessen von kommunalen Eigenbetrieben und Beteiligungen nicht in den Vordergrund rücken. Das Wohl von Betroffenen sollte bei diesen Entscheidungen an erster Stelle stehen.

Begründung:

Das BID-Gesetz kann missbraucht werden, aber auch kreatives Potenzial fördern. Die Dresdner Piraten sehen durch dieses Gesetz eine besondere Möglichkeit der Vernetzung. Diese Vernetzung ist eine Chance zur Stärkung lokaler Wertschöpfungsketten.

Notizen PA27	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Positionspapiere

PPO1 - "Fahrscheinlos für gute Luft"

Antragssteller: Thomas Lischke

Die PIRATEN Dresden setzen sich für die tageweise Erprobung des fahrscheinlosen ÖPNV in der Tarifzone Dresden an Tagen mit prognostizierter Überschreitung des PM10-Grenzwertes (Feinstaub) ein. Dazu soll an solchen Tagen im Radio eine Bekanntmachung erfolgen mit dem Hinweis, dass zur Verbesserung der Luftqualität ein Umstieg auf ÖPNV empfohlen wird und am heutigen Tage in der Tarifzone Dresden keine Fahrscheinkontrollen erfolgen. Die Auswirkungen dieser Maßnahme auf die Feinstaubbelastung und die Auslastung des ÖPNV sind anschließend zwingend zu evaluieren.

Begründung, nicht Teil des Antrages:

Dieser Gedanke, würde ebenfalls in der AG Verkehr (also nicht nur von mir) "geboren", ging dann aber leider (auf Grund vergessener Protokollierung) unter und wurde nicht weiter verfolgt. Der Gedanke dahinter ist, dass hiermit die zwangswise Einrichtung einer Umweltzone für Dresden vermieden werden kann, bei gleichzeitiger Förderung des ÖPNV und der Piratenforderung eines "fahrscheinlosen ÖPNV". Da diese Position leider nicht ausführlich in der AG Verkehr und dem Plenum erörtert wurde um auf der HV als Programmantrag eingereicht zu werden, möchte ich erreichen, dass diese Idee nicht wieder "vergessen" wird. Sie sollte vielmehr, bei Zustimmung durch die HV, weiter in der AG Verkehr ausgearbeitet und auf einer kommenden HV in das, hoffentlich heute verabschiedete, Programmwerk der AG Verkehr integriert werden.

In Dresden kommt es noch immer zu unzulässigen Überschreitungen des Feinstaub-Grenzwertes (zuletzt 2011). Das heißt, die Überschreitungen des Tagesgrenzwertes von $50 \mu\text{g}/\text{m}^3$ geschieht öfter als 35 mal im Kalenderjahr. Auch im Jahr 2013 muss damit gerechnet werden, da bereits Anfang April an der Messstation Dresden-Bergstraße 30 Überschreitungen erreicht wurden (www.env-it.de). Der aktuelle Luftreinhalteplan von 2011 ist weitgehend umgesetzt, scheint jedoch nicht ausreichend zu sein, die Einhaltung in jedem Jahr (bei ungünstigen Witterungslagen) zu sichern.

Der fahrscheinlose Verkehr an Tagen mit ungünstiger Immissionsprognose (www.eurad.uni-koeln.de/index_ref.html) ist eine weitere Maßnahme, um motorisierten Individualverkehr auf öffentliche Verkehrsmittel zu verlagern und damit Emissionen von Feinstaub und Stickstoffoxiden gerade in problematischen

Zeiträumen (winterliche Inversionswetterlagen) zu senken und damit die Luftqualität zu verbessern.

Die Kosten durch diese Maßnahme (verringerte Einnahmen aus verkauften Einzelfahrscheinen und Tageskarten für den jeweiligen Tag) erscheint uns angemessen und wirkt gleichzeitig werbewirksam für den ÖPNV. Entsprechende Erfahrungen wurden bei den Leipziger Verkehrsbetrieben im April 2012 mit der "Benzinpreis-Aktion" (www.lvb.de) gesammelt. Die Einführung soll probeweise erfolgen, um Erfahrungen mit der Wirksamkeit zu sammeln. Es ist möglich, die Maßnahme z. B. ab der 20. Überschreitung im Jahr zu beginnen. Die Erfahrungen aus diesem Test können für die Entscheidung über eine umfassende Einführung des fahrscheinlosen ÖPNV genutzt werden.

Notizen PPO1	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

Satzungsänderungsanträge

SÄA01 - Satzungsänderungsantrag zur Urabstimmung

Antragssteller: Norbert Engemaier, Anselm Schmidt

Die HV möge den 11. Absatz in §5 der Satzung ersetzen durch:

Die Hauptversammlung möge beschließen, die entsprechenden Absätze der Satzung des KV Dresden durch die folgenden Punkte zu ersetzen:

§6 (3) Das Erreichen des Quorums ist spätestens 7 Tage nach Ablauf der Frist vom Vorstand festzustellen (Feststellungsbeschluss). Stellt der Vorstand das Erreichen des Quorums fest, hat er die Durchführung der Urabstimmung innerhalb von 14 Tagen nach Feststellung einzuleiten.

§6 (6) Die Briefwahlunterlagen enthalten je ein: 1. Abstimmungsformular 2. Umschlag für Abstimmungsformular 3. Erklärung über die persönliche, unbeobachtete und unbeeinflußte Ausübung des Stimmrechts, 4. Rückumschlag

§6 (7) Die Frist für die Rücksendung der ausgefüllten Briefwahlunterlagen beginnt am Stichtag und beträgt 14 Tage. Die Briefwahlunterlagen müssen bis spätestens 18:00 Uhr des 14. Tages in der Geschäftsstelle zugegangen sein (Fristende). Alle darüber hinaus zugehenden Unterlagen werden zurückgewiesen.

§6a (3) Abstimmungsformulare, denen keine vom stimmberechtigten Mitglied unterschriebene Erklärung nach §6 (6) beigefügt ist, sind zurückzuweisen. Enthaltungen sind gültige Stimmen.

§6a (4) Die Beschlussvorlage der Urabstimmung gilt von den Mitgliedern als beschlossen, wenn mindestens die Hälfte der abgegebenen Stimmen dafür sind. Die Bestimmungen von §11 Absatz 1 bleiben hiervon unberührt.

Begründungen:

Für Änderung von §6 (3):

Klarstellung der Fristen, und das die Einleitungsfrist erst dann beginnt, wenn der Vorstand das Erreichen des Quorums festgestellt hat.

Für Änderung von §6 (6):

Eidesstattliche Erklärungen nach § 156 StGB sind Behörden vorbehalten. Falsche Angaben können auch ohne eidesstattlicher Erklärung geahndet werden.

Für Änderung von §6 (6):

Verspätet zugehende Wahlunterlagen als ungültig abgegebene Stimmen zu werten, ließe es zu, dass sich die Wahlbeteiligung nachträglich noch ändert, auch wenn dies keinen Einfluss auf das Wahlergebnis hätte, würde es doch den Vorstand zwingen die Veröffentlichung des Ergebnisses nachträglich stets zu ändern.

Für Änderung von §6a (3):

Siehe oben - außerdem sind Stimmen ohne die Erklärung nicht als ungültig anzusehen sondern zurückzuweisen (siehe zum Vergleich) http://www.gesetze-im-internet.de/bwahlg/_39.html). Damit eine Stimme ungültig ist, muss klar sein, dass der Abstimmungsberechtigte diese abgegeben hat.

Für Änderung von §6a (4):

Es sind Satzungs- und Programmänderungen gemeint, die unberührt bleiben. Da wurde irgendwann die Anpassung an eine neue Paragraphennummer vergessen.

Notizen SÄA01	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

SÄA02 - Satzungsänderungsantrag zur Nachwahl von Vorstandsmitgliedern

Antragssteller: Norbert Engemaier

Die Hauptversammlung möge beschließen, die Satzung des KV Dresden in den folgenden Punkten zu ändern:

Geändert:

§4 Kreisvorstand

(3) Vorstandswahlen werden mindestens alle zwei Jahre durchgeführt. Jede Hauptversammlung kann mit einfacher Mehrheit beschließen, verwaiste oder noch innerhalb der Amtsperiode verwaisende Vorstandsposten für die Dauer bis zur nächsten regulären Vorstandswahl wiederzubesetzen. Der stellvertretende Vorstandsvorsitzende wird, wenn nicht von einer Hauptversammlung anders beschlossen, zum Vorstandsvorsitzenden, sollte dieser Posten verwaisen.

(6) Der Kreisvorstand gilt als nicht handlungsfähig, wenn die Ämter des Vorsitzenden, des Schatzmeisters oder des Generalsekretärs ohne gemäß der Satzung bestimmten Nachfolger verwaist sind. In diesem Fall ist unverzüglich eine Hauptversammlung zur Neuwahl des Vorstandes einzuberufen. Bis zur Wahl des neuen Vorstandes bestellt der Vorstand des übergeordneten Gebietsverbandes unmittelbar einen kommissarischen Vorstand.

Begründung:

Die Möglichkeit verwaisende Vorstandämter noch vor dem Ausscheiden des jeweiligen Vorstands für die verbliebene Amtszeit zu besetzen, verhindert in Verbindung mit dem geänderten (6) die Handlungsunfähigkeit des Vorstands. So können auch Vorsitzender oder Schatzmeister zurücktreten, ohne damit eine komplette Neuwahl des Vorstands zu erzwingen. Dies gilt aber nur, wenn ihr Rücktritt rechtzeitig absehbar/angezeigt wird, d.h. wenn zwischen Rücktrittsankündigung und Wirksamwerdung eine Hauptversammlung stattfindet.

Hierdurch werden Rücktritte erleichtert (Durchlässigkeit in beide Richtungen verbessert!), indem scheidende Vorstandsmitglieder die Folgen ihres Rücktritts für den KV minimieren können, und so zum Beispiel auch auf geänderte Lebensumstände reagieren können, ohne gleich die Handlungsfähigkeit des restlichen Vorstands in Frage zu stellen. (Dass eine Neuwahl des kompletten Vorstands uns wochenlang von programmatischer Arbeit ablenkt kommt hier noch hinzu.)

Die Möglichkeit der Nachwahl bereits verwaister Vorstandsposten ermöglicht es den Vorstand auch nach Rücktritt von Beisitzern oder stellv. Vorsitzenden in angemessener Größe zu erhalten, ohne ein Gefälle von Rechten/Pflichten zu schaffen, wie es bei Beauftragungen der Fall wäre.

Die Änderung regelt auch, dass der stellvertretende Vorsitzende auf den Posten des Vorsitzenden nachrückt, sollte dieser zurücktreten.

Die weitere Anpassung von (6) ist nötig, da (6) bisher noch der Logik eines kleinen Vorstandes entsprach, welcher nach Rücktritt 3er Mitglieder tatsächlich handlungsunfähig gewesen wäre. Durch die Möglichkeit der Nachwahl ist dies nicht mehr nötig. Außerdem sieht die Satzung in (1) einen Generalsekretär vor, dieser ist in der bisherigen Fassung von (6) für die Handlungsfähigkeit aber garnicht von Nöten - dieser Widerspruch wurde durch Ergänzung des GenSeks behoben.

Notizen SÄA02	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

SÄA03 - §5 Hauptversammlung

Antragssteller: Marcel Ritschel

Die HV möge den 11. Absatz in §5 der Satzung ersetzen durch:

Alt:

§5 Hauptversammlung

(11) Die Hauptversammlung nimmt den Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes entgegen und entscheidet daraufhin über dessen Entlastung. Der Tätigkeitsbericht ist schriftlich zu Protokoll zu geben.

Neu:

§5 Hauptversammlung

(11) Die Hauptversammlung nimmt einmal im Jahr den Tätigkeitsbericht des Kreisvorstandes entgegen und entscheidet daraufhin über dessen Entlastung. Der Tätigkeitsbericht ist schriftlich zu Protokoll zu geben.

Notizen SÄA03	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen

SÄA04 - §4 Kreisvorstand

Antragssteller: Marcel Ritschel

Die HV möge den ersten Satz von §4 Kreisvorstand (3) ändern in

Alt:

§4 Kreisvorstand

(3) Vorstandswahlen werden mindestens alle zwei Jahre durchgeführt.

Neu:

§4 Kreisvorstand

(3) Vorstandswahlen werden mindestens einmal im Jahr durchgeführt.

Notizen SÄA04	Angenommen	Abgelehnt	Zurückgezogen